

7. Landesjugendhilfeausschuss Mecklenburg-Vorpommern (LJHA M-V)

Ergebnisprotokoll

Der 7. Sitzung des 7. LHJA am 21.06.2018

Ort: Landkreis Rostock, Stadtverwaltung Güstrow
Raum 30.01
Am Wall 3-5
18273 Güstrow

Beginn: 09:30 Uhr
Ende: 13:30 Uhr

Leitung: Herr Heibroek, Vorsitzender
Protokoll: Herr Groth, KSV-M-V, Landesjugendamt

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Protokoll der 6. Sitzung vom 22.03.2018
4. Vorstellung des Dialogpapiers zur Schulsozialarbeit (Herr Löffler)
5. Bericht der AG „Fluktuation der Professionellen“ und Vorstellung der Studie „Arbeitsbedingungen als Ausdruck gesellschaftl. Anerkennung sozialer Arbeit“ (Fr. Dr. Schwertfeger und Frau Prof. Dr. Bräutigam)
6. Antrag auf Einrichtung eines Unterausschusses "HzE und Mütter in Frauenhäusern" (Fr. Schönowski) - Beschlussvorlage
7. Besetzung des Unterausschusses eigenständige Jugendpolitik“ - Beschlussvorlage
8. Bericht des UA „Personalausstattung in Einrichtungen von HzE“ (Frau Kaiser)
9. weitere Berichte
10. Sonstiges

Anwesenheit:

Die Anwesenheitsliste der 5. Sitzung wird als Anlage „Teilnehmerliste“ dem Protokoll beigelegt.

TOP 1

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses, Herr Heibroek, eröffnet die 6. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Anwesenden. Die Beschlussfähigkeit des Landesjugendhilfeausschusses ist mit 8 stimmberechtigten Mitgliedern/Vertretern gegeben.

TOP 2

Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung ist mit der Einladung zugegangen.

Es erfolgt eine kurze Erörterung zu dem Antrag von Frau Schönowski („Einrichtung“ eines Unterausschusses HzE). Der Vorsitzende schlägt vor, dies bei Top 6 zu besprechen.

TOP 3

Protokoll der 6. Sitzung des 7. LJHA

Das Protokoll der 6. Sitzung vom 22.03.2018 ist mit der Einladung zugegangen. Es gab dazu eine Anmerkung von Frau Dr. Draheim zu TOP 7 zum Themenpunkt Verortung der Schulsozialarbeit. Diese Änderung wurde dann im Protokoll vom 22.03.18 entsprechend umgesetzt. Frau Prof. Dr. Bräutigam merkte an, dass Titel einheitlich im Protokoll erwähnt werden sollten.

TOP 4

Vorstellung des Dialogpapiers zur Schulsozialarbeit (Herr Löffler)

Herr Löffler stellte das Dialogpapier zur Schulsozialarbeit (Anlage 2) vor und berichtet über den Arbeitsprozess innerhalb der Arbeitsgruppe. Die Initiative setzt sich aus Mitarbeitern von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe zusammen und ist in ständigem Kontakt zu weiteren Gremien, wie z.B. Landeselternrat, LAG Schulsozialarbeit usw. Herr Löffler führt kurz aus, wie sich die Arbeit der Initiative entwickelte und welche Fragen bzw. Probleme erörtert wurden.

Ziel der vorliegenden Initiative war es, durch ein eigenes Papier zum Dialog aufzurufen.

Herr Löffler informierte die Teilnehmer über Probleme, insbesondere die Herausforderungen bei der Finanzierung des Bereiches in den letzten Jahren und die Verortung, der Schulsozialarbeit. Der Städte- und Gemeindetag entwickelte, im Laufe der Zeit, ein eigenes Positionspapier. Der Schwerpunkt des jetzigen Papiers lag vor allem bei der bedarfsgerechten Ausstattung und einer Landesverantwortung. Darüber hinaus wurden auch die Vor- und Nachteile der Verortung aufgeführt.

Anschließend wurde unter den Teilnehmern über verschiedene Punkte des Papiers diskutiert. Trotz der gesicherten ESF-Finanzierung bis zum Jahr 2022, sollte der Landesjugendhilfeausschuss sich mit dem Thema beschäftigen und eigene Standpunkte herausarbeiten. Herr Rabe fragte nach, welche Zahlen es für die Ermittlung des Bedarfes gibt. Herr Löffler antwortete, dass seine Zahlen derzeit auf Statistiken und Hochrechnungen beruhen. Zusätzlich gibt es viele verschiedene Faktoren, die beim Bedarf zu berücksichtigen sind (Schulart, Region Anzahl an Schüler, soziales Umfeld etc.). Frau Dr. Schwertfeger merkte an, auch die wissenschaftliche Seite zu betrachten und Studien zu dem Thema heraus zu suchen. Zunächst sollte aber das Ziel der Schulsozialarbeit genauer definiert werden. Soll es bei der Schulsozialarbeit

in erster Linie um das Wohlfühlen an Schulen (präventiver Ansatz) oder um die Vermeidung von Schulabsentismus (individuelle Hilfen) gehen. Hier bedarf es einer Positionsbestimmung der Landesregierung. Der Vorsitzende schlug vor, die Landesregierung schriftlich auf das Thema und die Aufgaben aufmerksam zu machen und diese zu bitten, zeitnah zu einer Aussage zum Thema Schulsozialarbeit zu machen. Ein weiterer Punkt ist die mangelnde Verlässlichkeit für die Schulsozialarbeiter und die engen Fesseln des ESF.

Im Anschluss an die Aussprache wurde die Beschlussvorlage erörtert.

Die ersten drei Absätze der Beschlussvorlage könnten als Grundlage für die Weiterarbeit im Landesjugendhilfeausschuss dienen. Der vierte Absatz fand nicht bei allen Mitgliedern Zustimmung. Herr Heibrock merkte an, dass die Aufgabe, den Bedarf an Schulsozialarbeit zu ermitteln, die Landesregierung habe und das für einen möglichen Unterausschuss eine klare Auftragsbeschreibung fehlt. Diese Beschreibung soll dann zur nächsten Sitzung formuliert werden.

TOP 5 Bericht der AG „Fluktuation der Professionellen“ und Vorstellung der Studie „Arbeitsbedingungen als Ausdruck gesellschaftlicher Anerkennung sozialer Arbeit“ (Fr. Dr. Schwertfeger und Frau Prof. Dr. Bräutigam)

Frau Dr. Bösefeldt berichtete zunächst über die bisherige Arbeit der AG. Danach stellten Frau Dr. Schwertfeger und Frau Prof. Dr. Bräutigam die o. g. Studie, mit Hilfe des Flipcharts (Foto Anlage 3), vor. Die Studie erschien im April 2017 und die Datengrundlage war eine Verknüpfung aus dem „DGB Index für gute Arbeit“ und Zahlen aus dem Mikrozensus von 2012. Frau Dr. Schwertfeger stellte im Laufe des Vortrages die wesentlichen Gründe für einen Arbeitsplatzwechsel, in verschiedenen Kategorien (Farben), dar. Anschließend wurde unter den Teilnehmern darüber diskutiert. Es wurde u. a. angemerkt, dass die Studie sich auf ganz Deutschland bezieht und sich die Daten ggf. nicht Eins zu Eins auf Mecklenburg-Vorpommern runterbrechen lassen und ob die benannten Punkte ausreichen für weitere Handlungsansätze. Es wurde die Fragen gestellt, ob die Betroffenen eher innerhalb des Systems fluktuieren oder das System (anderes Bundesland, anderer Berufszweig etc.) verlassen und ob nicht die Befristung und das Einkommen die zentralen Antreiber für alle negativen Punkte sind. Frau Dr. Draheim stellte die Frage in den Raum, inwieweit eine akademische Ausbildung an eine akademische Bezahlung gekoppelt ist und gab den Hinweis, dass es nach der Bundesagentur für Arbeit im Bereich der Erzieher in Mecklenburg-Vorpommern keinen Fachkräftemangel gibt. Herr Lehmann schlug vor, zur nächsten Sitzung über konkrete Beispiele aus der Praxis zu sprechen. Frau Dr. Bösefeldt möchte in der Arbeitsgruppe eine Folie bzw. ein Raster mit differenzierten Handlungsfeldern erarbeiten, welches dann dem LJHA zur Verfügung gestellt werden würde.

TOP 6 Antrag auf Einrichtung eines Unterausschusses "HzE und Mütter in Frauenhäusern" (Frau Schönowski)" - Beschlussvorlage

Der Vorsitzende teilte den Mitgliedern mit, dass es sich nicht um einen Antrag für einen Unterausschuss geht, sondern lediglich eine Diskussion, ob der LHJA sich diesem Thema annimmt. Nach allgemeiner Zustimmung seitens des LJHA wird Frau Schönowski gebeten, mögliche Frage- und Problemstellungen zu erarbeiten.

TOP 7 Besetzung des Unterausschusses eigenständige Jugendpolitik“ - Beschlussvorlage

Herr Heibroek fragte bei den Mitgliedern nach Anmerkungen oder Einwänden zu der Beschlussvorlage. Diese gab es nicht.

Der Ausschuss wird folgendermaßen personell besetzt: Frau Theresa von Jan, Frau Lydia Lauer, Herr Dr. phil. Thomas Markert, Frau Birgit Müller, Frau Dr. Ina Bösefeldt und, Herr Christian Thönelt. Die Arbeit des UA kann somit beginnen.

TOP 8 Bericht des UA „Personalausstattung in Einrichtungen von HzE“ (Frau Kaiser)

Frau Kaiser berichtete über die bisherige Arbeit des Unterausschusses. Den Vorsitz hat er Herr Hienzsch. Aus den bisherigen Terminen haben sich folgende drei Schwerpunkte ergeben: Wer ist überhaupt Fachkraft in der Kinder- und Jugendhilfe und welche Qualifikation ist wichtig und notwendig? Wie ist der Fachkräftebedarf in diesem Bereich und was können wir tun um den Bedarf zu decken? Wie erfolgte die sachgerechte Personalausstattung bzw. die Berechnung des Personalschlüssels?

TOP 9 weitere Berichte

Herr Rabe berichtet über die personellen Veränderungen im Landesjugendamt. Frau Karin Müller, ehemals Sozialministerium, arbeitet nunmehr beim KSV M-V, LJA und wird in der Landesverteilstelle umA und der Kostenerstattung tätig sein.

Danach stellte Herr Rabe die Pressemitteilung der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendämter (Anlage 4) vor und berichtete über die letzte Arbeitstagung. Frau Birgit Zeller übergibt nach Beendigung ihrer „Legislaturperioden“ den Staffelstab des Vorsitzes an Herrn Lorenz Bahr vom LVR in Köln. Es wurde u. a. ein Vortrag zum Thema BTHG von Herrn Prof. Meysen gehalten und ein Positionspapier „Radikalisierungstendenzen bei Kinder- und Jugendlichen im Arbeitsbereich der Jugendarbeit“ erarbeitet.

Frau Dr. Draheim berichtet über aktuelle Themen aus dem Sozialministerium. Die Jugend- und Familienkonferenz fand kürzlich statt, u. a. mit dem Thema Unterhaltsvorschussgesetz. Elterngeld Online ist ein aktuelles Thema im Ministerium. Ausbau der frühen Hilfen insbesondere der Verteilungsschlüssel ist derzeit das stärkste Präventivthema. Die Pflegekinderreform ist im Moment in Arbeit. Fachkräftesicherung

und das „Gute KITA Gesetz“ sind weitere Themen. Mit dem Bildungsministerium wird im Moment das Thema Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an der Schule bearbeitet. Das Gesetz soll 2025 kommen. Das Gesetz zur Geschwisterkindregelung ist auf dem Weg. Zur beitragsfreien Kita werden momentan erste Gespräche geführt. Auf der nächsten Sitzung des LJHA sollte das Thema Kindertagespflege erörtert werden, wenn Herr Klinkenberg teilnehmen kann

TOP 10 Sonstiges

Herr Rabe bittet darum, dass die Mitglieder grundsätzlich Rückmeldung geben sollten, ob sie an den LJHA Sitzungen teilnehmen oder verhindert sind und ggf. ihre Stellvertreter informieren, damit im Vorfeld klar ist, ob Beschlussfähigkeit vorliegt. Die Termine für das Jahr 2019 sollen unter Berücksichtigung des Sitzungsplanes des Landtages schon zur 8. Sitzung erarbeitet werden.

Für das Protokoll

Für die Richtigkeit

Anlagen:

1. Teilnehmerliste 7. Sitzung
2. Dialogpapier zur Perspektive der Jugend- und Schulsozialarbeit in M-V
3. Foto Flipchart Auswertung Studie zum Thema „Fluktuation der Professionellen“
4. Pressemitteilung Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter